

Streit nach Absage

Erstellt 12.03.09, 18:19h, aktualisiert 13.03.09, 12:11h

Die Leverkusener CDU wirft Oberbürgermeister Ernst Kuchler (SPD) in Sachen private Hochschule für Unternehmensführung unprofessionelles Verhalten vor.



Nicht in Leverkusen, sondern in Monheim sollen die Studenten der privaten Hochschule für Unternehmensführung lernen. (Bild: dpa)

LEVERKUSEN Am Tag nach der Absage der privaten Hochschule für Unternehmensführung (HfU) an den Standort Leverkusen gab es Kritik seitens der CDU an Oberbürgermeister Ernst Kuchler (SPD). CDU-Fraktionschef Klaus Hupperth warf Kuchler in einem Brief unprofessionelles Verhalten vor, was dieser entschieden zurück wies. Wie berichtet, hatte die HfU am Mittwoch mitgeteilt, sie werde sich nicht in Leverkusen, sondern im benachbarten Monheim niederlassen.

„Eine gute Nachricht für die Stadt Monheim und deren Bemühungen, eine schlechte Nachricht für Leverkusen“,

kommentierte Christdemokrat Hupperth den Vorgang. Er habe den OB rechtzeitig gebeten, „sich persönlich um die Angelegenheit zu kümmern, weil ich den Eindruck hatte, dass seitens der Verwaltung nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit gehandelt wurde“.

„Sofort gehandelt“

Das sei keineswegs so gewesen, konterte Ernst Kuchler am Donnerstag im Gespräch mit dem „Leverkusener Anzeiger“. Sobald der Wunsch der Hochschule, sich in Leverkusen niederzulassen, an ihn herangetragen worden sei, habe er sofort den Verwaltungsvorstand damit befasst und gehandelt. Zusammen mit der Wirtschaftsförderung und der Landesentwicklungsgesellschaft als Eigentümerin des im Innovationspark gelegenen Grundstücks habe man eine Lösung angeboten.

Den Wunsch der Hochschule nach einer Ausfallbürgschaft für die zweiten fünf Jahre ihres Betriebs in Höhe von einer Million Euro habe Kulturdezernent Marc Adomat beim Regierungspräsidenten vorgetragen, von dort aber das Signal bekommen, dass der Nothaushaltskommune Leverkusen eine solche Bürgschaftsübernahme wohl nicht gestattet werden könne. Man habe aber eine andere Lösung gefunden. Die Stadt hätte, falls erforderlich, ab 2014 als Nachmieter für die HfU einspringen können, sagte der OB.

CDU-Fraktionschef Hupperth kritisiert zudem, Verwaltungschef Kuchler habe die Politik nicht eingebunden, obwohl ein für die Stadt wichtiges Projekt auf dem Spiel gestanden habe und es auch um Finanzierungsfragen gegangen sei. Die Nichtbefassung der Politik grenze an „bewusste Missachtung des Rates“.

Ein Vorwurf, der nach Auffassung Küchlers ebenfalls nicht verfängt: „Herr Hupperth ist auf der Suche nach einem Wahlkampfthema.“ (ras)

<http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jla/artikel.jsp?id=1233584126747>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.